

Ercheint täglich
sonntags mit Ausnahme der
Sommer- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50 M.
pro annuo für ein Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Anzeigungsverträge), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Volkswort

Sozialdemokratisches Organ

Im Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weiskensels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Volkswort Nr. 1, erster Hof passage nach S.

Telegraphen-Adresse: Volkswort Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1042.

Postensendegeld
bezahlt für die bestellten
Beilagen über deren Anzahl
s. für Wohnungs-,
Verkaufs- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.
Im reaktionellen Teile
kostet die Seite 50 Pf.
Anzeige für die folgende
Nummer müssen spätestens
samstags 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7501.

Nr. 187

Halle a. S., Freitag, den 12. August 1898.

9. Jahrg.

Die Zensur.

Die Zensur auf den sächsischen Bühnen, die schon längst die sozialdemokratischen Blätter von dem Betriebe davor ausschloß, soll nunmehr noch verhärtet werden. Täglich soll eine Revision der dort aufgestellten Schriften stattfinden und sozialdemokratische Preisergüsse, unsittliche Stoffarten und Schundliteratur sollen unbedingt verboten sein.

Durch diese Zusammenstellung glaubt man wohl die Sozialdemokratie zu ärgern. Man, sie ist groß und stark genug, um solche Mühen zu tragen zu können. Indessen lohnt es sich, an diese neue Zensur eine kulturhistorische Betrachtung zu knüpfen.

Die Zensur hat in den vierziger Jahren den flammenden Jörn des freiheitlich gesinnten Bürgertums erregt. Sie war eine sehr alte Einrichtung, denn schon gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts kommt sie im Bistum Mainz vor. Sie bestand in ganz Europa, und selbst der große Vorkämpfer für Pressefreiheit, der berühmte englische Dichter Milton, forderte für England vergebens die Abschaffung der Zensur. In den vierziger Jahren sah es in Deutschland so aus, daß sich an jedem Ort, wo eine Buchdruckerei etabliert war, auch ein Zensur befand, dem alle Preisergüsse vorgelegt werden mußten. Nur mit seiner Genehmigung durften sie veröffentlicht werden und verbreitet werden und sehr häufig schrieb oder änderte er daran. Wie den Schriftstellern dabei zu Mut war, hat Heinrich Heine müdeberühmt geschrieben in „Wintermärchen“, wo ihn die alte Hammonia umarmt und von ihrer Hochzeit phantasiert:

Es kommt die reißliche Deputation,
Wähler und Wähler –
Doch hier, da kommt der Hofmanns-Knaus
Mit seiner Besornerche!
Die Schere klist in feiner Hand,
Es rückt der wider Sie alle
Dr auf den Leib – es schneidet in's Fleisch –
Es war die beste Stelle! –

Das Jahr 1848 legte die Zensur hinweg, doch nicht ganz, denn die guten Deutschen vergaßen die Theaterzensur zu beseitigen und so blieb diese in ihrem vollen Umfang bestehen.

Wir wollen Pressefreiheit mit Zensur! soll im Jahre 1848 einer gerufen haben, der sich über die Begriffe nicht ganz klar gewesen zu sein scheint. Nun, wenn auch formell die Zensur abgeschafft und an deren Stelle eine sogenannte Pressefreiheit, beschränkt durch Bismarcksche Artikel und Strafgesetze, getreten ist, so leben wir in dem Zustand, von dem jener vorerwähnte Achtundvierziger gesprochen hat. Ja, wohl, wir haben Pressefreiheit nicht nur mit Strafgesetz, sondern auch mit Zensur. Und zwar ist die heutige Zensur weitaus drückender, lästiger und gefährlicher, als sie in vormärzlicher Zeit gewesen ist.

Von staatlichen Zensurweisen ist nicht nur die Theaterzensur übrig geblieben, sondern es wird gegenüber dem Beamten aus dem oberen Behörden eine weitgehende Zensur ausgeübt. Die Militärverwaltung duldet im Heere keine andere Literatur, als solche, die ihr genehm ist, und bestraft die Verbreitung sozialistischer Literatur als streng. In der ganzen übrigen Staatsverwaltung wird streng darauf gehalten, daß die Beamten keine Blätter lesen, die der Regierung missfallen; in jüngerer Zeit ist man in dieser Beziehung noch schärfer vorgegangen und die reaktionäre Presse forderte, daß ein Beamter aus dem Dienst entlassen werde, wenn er ein sozialdemokratisches Blatt halte. Die Zensur auf den Bühnen gehört auch hierher; man geht dabei aber noch weiter, denn die Bühnenverwaltung erlaubt sich, den Reisenden, die ihr doch in keiner Weise unterstellt sind, in Bezug auf ihre Lektüre Vorschriften zu machen.

Man sieht, wie der heutige Staat eine Menge seine Bürger in Bezug auf das, was sie lesen wollen und sollen, weit härter kontrolliert, als die Zensoren der vormärzlichen Zeit. Auch konnte der Zensur niemand um Amt und Brot bringen; der heutige Bureaukrat aber stehen gegenüber den Staatsbeamten, welche die oppositionelle Literatur lesen oder verbreiten, angebende Nachtmission zu Gesandte.

Damit ist aber die Zensur, die heute, ein halbes Jahrhundert nach der Abschaffung der alten Zensur, geläutert wird, noch lange nicht zu Ende. Die Klassenfeindschaft und der politische Kampf bringen eine Reihe weiterer Zensurmaßregeln mit sich. In den evangelischen Kirchengemeinden wählen die Herren mit den Bänken, in den katholischen Beselevereinen die Herren mit der Konjur eifrig darüber, daß ihren Schäflein keine „gottlosen“ Blätter zu Gesichte kommen. Daß auch die Kreisvereine Jagd auf die sozialistische Literatur machen, ist bekannt.

Die industriellen Unternehmer, die zwar den von den Arbeitern geschaffenen reichlichen „Reichtum“ an sich nehmen, aber sich als „Brotgeber“ betrachten, halten sich in vielen Fällen gleichfalls für befugt, zu bestimmen, was ihre Arbeiter lesen sollen. Am weitesten geht hierin bekanntlich

„König“ Stumm, der durch öffentlichen Anschlag seinen Arbeitern verbietet, die ihm missfälligen Blätter zu lesen. Auch die Wirtschaftler, in denen diese Blätter aufsteigen, dürfen seine Arbeiter nicht besuchen. Und dabei handelt es sich bei Stumm gewöhnlich gar nicht um sozialdemokratische, sondern um ganz zahme „liberale“ Blätter.

Nicht einmal in den Wirtschaftler ist der deutsche Staatsbürger vor der Zensur sicher. Denn je nachdem die bürgerlichen Sammelgäste gefordert sind, werden oppositionelle und sozialistische Blätter zugelesen. In den meisten Städten Deutschlands duldet das Reichstagsorgan es nicht, daß die Wirte in den von ihm beliebigen Restaurationen sozialistische Blätter auslegen. Die Arbeiter müssen, wenn sie die ihre Interessen vertretenen Zeitungen und Zeitschriften in den Wirtschaften haben wollen, häufig dazu erst einen gewissen Betrag anwenden; sonst ordnet man ihnen die Blätter auf, in denen sie verpöndelt und verhöhnt werden.

Noch hundert andere Gelegenheiten lassen sich anführen, bei denen mittels der Kl.-Herrschaft eine Zensur gegen die Arbeiter ausgetübt wird.

Die Zensur ist keine rein staatliche Einrichtung geblieben. Sie ist in anderer Form in das soziale Leben eingebunden und beherrscht Millionen bei der Ausübung dessen, was sie lehren wollen. Schon die Einrichtungen des Buchhandels sind so beschaffen, daß innerhalb derselben wieder Zensur geübt wird gegen literarische Erscheinungen, die den kapitalistischen Interessen entgegen sind. Der Buchhändler läßt heute eine Zensur gegenüber der Schriftstellerwelt aus.

Ja, ja, wir haben es herlich weit gebracht. Gerade in die en Tagen, da tausend servile Feder die „Verdienste“ des eben verstorbenen Bismarck und die Entwicklung Deutschlands verherrlichen, erscheint es doppelt angebracht, darauf hinzuweisen, in welche Fesseln bei uns der Geist noch eingeschlagen werden kann. Das ist zum großen Teile das Werk des Mannes, der jetzt als „Wiederhersteller Deutschlands“ gefeiert wird und für den die Reaktionen allerwärts das „Verdienst“ reklamieren können, daß er von den vormärzlichen Zuständen so viel in das neue Reich mit herübergerettet hat, als immerhin möglich war.

Man sieht aus diesen Zuständen wiederum, wie die politische Freiheit immer nur scheinbar glücklich bleiben kann, wenn neben derselben die düstere Fesselung der Klassenherrschaft sich erhebt.

Das Bürgeramt hat die Zensur nicht abgeschaffen verstanden. Sie wird erst verschunden mit der kapitalistischen Ausdeutung.

Tagesgeschichte.

Nieder mit den Sozialdemokraten! Ein halbes Duzend ostpreussischer Grafen, Graf Wirba darunter, der Sucher nach einem Staatsrecht-Regiment, ein halbes Duzend ostpreussischer Barone, ein bürgerlicher Rittergutsbesitzer und ein Hauptleutnant zu Königsberg haben sich zusammengeschlossen, um die ostpreussische Sozialdemokratie annähernd endgültig zu vernichten. Sie ersuchen einen Aufruf, der sich durch seine unfeindliche Form vor ähnlichen Zeugnissen vorteilhaft auszeichnet. Gleich der erste Satz ist förmlich: „Die letzten Reichstagswahlen haben gezeigt, daß in Ostpreußen allein die konservative Partei die Sozialdemokratie zu bekämpfen vermag.“ Wir haben bei den letzten Wahlen in Ostpreußen um beinahe 90 Proz. zugekommen, unsere Stimmenzahl hat sich dort von 23336 Stimmen auf circa 44000 erhöht, und diese Stimmen sind zum Teil auf dem platten Lande für uns abgegangen. Unsererlei sind wir also von dem Vermögen der konservativen Partei, uns dort erfolgreich zu bekämpfen, im höchsten Maße überzeugt. Der Aufruf hängt an den inwendigen aus sofort einen melancholischen zweiten Satz, in dem es der Ueberzeugung der Konservativen zugesichert wird, wenn es „einer gewissenlosen Agitation“ trodram gelungen sei, Erfolge zu erzielen. Damit wird den Geist und der klugen Takt vieler ostpreussischer Genossen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Was der Aufruf zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vorschlagen will, ist das Herkömmliche: erstens ein Sozialistengesetz gegen die „Verführer“, zweitens Bekämpfung und christliche Liebe für die „Verführten“. Proben dieser christlichen Liebe hat schon der Wahlkampf gezeigt, so das Wort eines konservativen Kreisdelegierten in Bezug auf ein sozialdemokratisches Flugblatt: „Wer es übernimmt, ein solches Flugblatt zu verbreiten, verdient die allgemeine Verachtung, ihm gegenüber ist der Dieb ein Ehrenmann.“ Was aber die Bekämpfung anlangt, so soll hierzu ein Budgetartikel, der Preussische Volksfreund, dienen, der 40 Pf. vierteljährlich kostet. Die ostpreussischen Tagelöhner und Landarbeiter scheinen aber wenig Geschmack an diesem Preiserguß zu finden, denn der Aufruf sagt: „Unsere Arbeiter lesen gern. Sorgen wir dafür, daß ihnen kein so verderbliches Giftstoff sozialdemokratischer und radikaler Schriften zum christliche Blätter gehalten werden.“ Man wehmet also nur auf passive

Abonnenten. Derartige Maßlese stimmen aber gern sozialdemokratisch.

Der neue Bänderführer, Freiherr v. Wanzenheim, ließ Ende 1893 seinen Gefühlen gegen den damaligen Reichstagskanzler Caprioli in der Kreuzzeitung freien Lauf. Er schrieb u. a.:

Schlechter wie es heute ist, kann es nicht werden... Will er (der Herr Reichstagskanzler) das nicht einleihen, so muß er bekämpft werden. Die Beschlüsse des Herrn Reichstagskanzlers sind entsetzlich, die deutsche Landwirtschaft ist es nicht. Wir haben es oft betont, daß die Konvolute Deutschlands nicht der Regierung eine gründliche Opposition machen können und wollen, wir haben es bewiesen, indem wir selbst dem Grafen Caprioli die Forderungen der Militärverwaltung bewilligten, aber wenn er auf dem eingeschlagenen Wege hartnäckig beharrt, so wird uns auch das dazu verhindern, daß wir jede Forderung seiner Regierung bekämpfen.

Man wird thun, sich die letzten Auslassungen zu merken und an sie zu erinnern, sobald von konservativer Seite den Sozialdemokraten wieder der Vorwurf gemacht wird, sie trieben grundsätzliche Opposition. Herr v. Wanzenheim wollte jede Forderung der Regierung bekämpfen.

Wette gegangen ist die Versicherungsgesellschaft Industrie, die im vorigen Jahre gegründet wurde, um die ihr angehörige Unternehmern jede aus Brecks entpringenden Verluste zu sichern. Sie hat sich aufgelöst. Die Industrie stellte sich die Aufgabe, den Unternehmern die Verluste zu bezahlen, die sie bei Streiks haben. Die Sache wurde mit großem Krampfspiel in Szene gesetzt und eine hohe Regierung, die sich das Wort von dem „Herrn im eignen Hause“ zu eigen gemacht hat, hätte gegen die famose Gesellschaft subventioniert, wenn sie nur gefohnt hätte; jedenfalls brachte sie der Sache wohl Sympathie entgegen. Und jetzt hat sich die Gesellschaft lang und langlos aufgelöst, ohne den Arbeitern die Schäden angründet zu haben. Grund der Auflösung ist die Uneinigkeit der Unternehmer.

Das Reichstags. Der neu gegründete Handwerkerverein des unterläufigen Städtchens Widmer er nahm in seine jüngst festgestellten Satzungen folgenden Paragraphen auf: „Politik darf im Verein nicht getrieben werden, und Meister, die sozialdemokratische Gesinnung sind, werden nicht aufgenommen.“ Wir dachten, — so bemerkt zu dieser Schickung des Reichsweiser Handwerkervereins unser Parteigänger — die sozialdemokratischen Handwerker müssen bereit, daß in diesem Verein zur Handwerkerwelt ihnen nicht getrieben werden kann, und daß das Rad der Zeit sich vor ihm nicht aufhalten läßt. Der schöne Paragraph dürfte also höchst überflüssig sein.

Von der Wahlfreiheit in Ostpreußen. Wegen Verweigerung an der Wahltagation für den Kandidaten der Polen ist der Gemeindevorsteher von Linsk durch den Amts-Vorsteher seines Amtes entsetzt worden.

Der Begriff der Größe und des Wertes Bismarcks wird unter den „Gutgeimten“ wohl noch lange Gegenstand widerstreitender Eörterungen bleiben. Dem Deutschen Adelsblatt ist der Junker Bismarck das „Beste an dem ganzen Mann“. Der preussische Junker, ein Mitglied des Senates, der sich, so lange wie es ging, gegen die Einigung Deutschlands, die jetzt als Bismarckscher Verbleib gepriesen wird, mit Intriguen und Spinnweben gefräht hat — Der konservativen Schließlichen Zeitung ist Bismarck ein „von Gott dem deutschen Volk gelandetes unordentliches Gnadengesicht“. Auch nicht schlecht! Aber republikanische Würdigen die Hamburger Nachrichten Bismarcks Wert, er war „mehrere Armeekorps wert“. Famoser Gedanke! Daraus läßt sich die nächste große Heeresverlängerung stützen. Bismarck tot — ergo einige Armeekorps mehr, um den Ausfall zu decken!

Wegen Kaiserbelidigung wurde in Darmstadt der 33-jährige Werführer Leonhardt von Ruffelheim zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in angelegentlichem Zustande eine beleidigende Rede über den deutschen Kaiser gehalten; ein Beschlußman erlittete die Angelegenheit.

Wegen Kaiserbelidigung wurde in Weiz der Arbeiter Franz Bultin zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Krieg zwischen Spanien und Nord-Amerika.

Wie aus Washington verlautet, besteht die Antwortnote der spanischen Regierung aus etwa 1200 Worten und ist in fünf Abschnitte eingeteilt. Derselben sollen sich auf Cuba, Porto Rico, die Ladronen, die Besetzung Manilas und die Einsetzung einer Kommission beziehen, die kubanische Schuld aber unverändert lassen. Die Note erklärt sich prinzipiell damit einverstanden, daß die spanische Oberhoheit über Cuba aufrechterhalten werde, jedoch die Frage der künftigen Verwaltung der Insel auf, wobei sie in bestimmter Weise ausführt, die Vereinigten Staaten sollten die Insel unter Berücksichtigung des Umfangs der spanischen Interessen verwalten. Der

Niederbeiebung hinweg zu tun. Furcht vor dem Beitritt zur Organisation braucht in Halle kein Widergefühle zu haben; denn ein Meister, welcher bereit ist wagen wollte, einen Schiffs wegen Angehörigkeit zum Verbanne zu machen, würde bald genug spüren, was die Arbeiterkraft im gegenüber vermag. Und gerade die launesten Schreier unter den Meistern sind am meisten auf Arbeiterhündigkeit angewiesen. Die Badergefühle brauchen somit nur zu wollen, und ihnen würde begehren sein.

Wom Mannereitel. Von den Meistern, die bisher noch nicht die 45 Pf. Stundenlohn zahlen, sollen die Herren Henschel und Günther bereits am Sonnabend das getan haben. Näheres wird in der heute abend stattfindenden Versammlung mitgeteilt werden können. Im Verzeichnis der noch ausstehenden Meister war Herr Seidnauß verzeichnet worden.

Neu. Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde der Zimmermann Franz Seifert aus Hippolda vom Landgericht Naumburg zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. — Vor dem gleichen Gerichte hatte sich die Frau des Leinwanders Richter zu verantworten. Sie wurde ebenfalls zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie die Rechnung erhalten hatte, zu anderen Zwecken und gegen falsche Quittungen vor. Wegen Unordentlichkeit in sechs Fällen wurde Frau Richter zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, während der Leinwandler Schmerler als Beispiel für eine der Dummheiten angeführt hatte mit zwei Wochen Zuchthaus.

Waisenhaus. Da es zur Zeit hier 177 Schulan- und Kleinhandlungen mit Branntweinbetrieb gibt, so daß auf je 153 Einwohner — die Kinder mit eingerechnet — eines dieser Lokale kommt, wird nach Bekanntmachung des Magistrats bis auf weiteres die Erwerbungs- und eine neue Verkaufsstelle von Branntwein die Bedürfnisfrage verneint worden. Nur solche Unternehmungen sollen eine Ausnahme bilden, welche für den inneren Konsum der Stadt, für die Forderung des Fremdenverkehrs oder die Förderung gemeinnütziger Zwecke von dauernder Bedeutung sind. — Was ein Schnapsausgang mit der Förderung gemeinnütziger Zwecke von dauernder Bedeutung zu thun haben soll, ist etwas schleierhaft.

Waisenhaus. Dem Seidnaußparabielebriem Gutsherrn Schöbe in Reichart, der von seinem Vornamen zum Vornamen entfallen. Als er nach Vorbericht der hiesigen Gesundheitsbehörde durch die Polizei in den Dienst zurückgebracht werden sollte, widersetzten sich dem seine Eltern. Es wurden dafür zu Gefängnis verurteilt und zwar der Vater zu zwei Wochen, die Mutter zu einer Woche.

Naumburg. Ärzte und Krankenträger. Die hiesigen Ärzte sollen einem Artikel zugestimmt haben, den das hiesige Kreisblatt dem Kreis. Zahl. einmommen habe und in welchem die Differenz zwischen der Barmer Krankenkasse und den dortigen Ärzten abfällig für die letztere besprochen wird.

Die Barmer Sozialdemokraten, deren Krankenträger, wie es in dem Artikel heißt, „sich bereits als Kapitalist fühlen“, haben sich nämlich refressiert, Ärzte, die sich weigern gegen die „Forderungen sozialdemokratischer Führer“, (1) zum „Streik“ zu drängen.

Wenn Krankenträger lediglich aus Gründen der Humanität, zum Wohle ihrer Kranken, die Arztbesuche möglichst zu verzögern suchen, wenn es hier wie überall sozial gerecht ist, daß die pekuniären Interessen der kleinen Mittelmäßigkeit zurücktreten müssen hinter die Lebensinteressen Tausender unbenutzter Lebewesen, so ist das nach dem bloßen Kreisblattgeheim kapitalistische Bereicherung der Krankenträger durch die Hezerei „sozialdemokratischer Führer“!

Schlimm genug, daß wir es noch nicht haben, gerade Ärzte wieder und wieder zu Gemine zu führen, d. h. sie nicht urteilen dürfen wie der Späher. Nicht die Sozialdemokratie droht die Ärzte zu proletarisieren, sondern das kapitalistische System! Ihn ist es auszuweisen, wenn die Ärzte ihre Wissenschaft zur mildegen Kund erwidrigen müssen, wenn auch geistige Arbeitskraft auf dem Markte gehandelt wird wie ein Saft Karaffellen, wenn auch die Ärzte, miteinander konkurrierend, das Lieben Brotes halber sich um die Kundschaft, d. h. um die Patienten zuweilen müssen. Je mehr es in unserer herrlichen Ordnung Kranke gibt, desto besser für die ärztlichen Gewerbetreibenden. Das ideale Ziel der Hygiene, die Beteiligung von Krankenträgern, würde, wenn in der bürgerlichen Welt erreicht, die Ärzte ökonomisch ruinieren und proletarisieren! Verlechte Welt!

Gerade aber die Sozialdemokratie ist es, die auch solcher Schmach und solcher Entwürdigung der Vertreter der medizinischen Wissenschaft ein Ende machen will. Die Ärzte sollen Sanitätsbeamte werden, ohne fernere auf dem Arbeitsmarkte den Segen der sogenannten freien Konkurrenz an sich mehr oder minder schmerzlich zu spüren. Und wenn wir im Interesse des notleidenden arbeitenden Volkes im wunderbaren kapitalistischen Gegenwartsstaate nach dessen eigenen Gesetzen handeln, so sollen gerade Kapitalistenblätter uns gefälligst mit Vorwürfen versehen! Das Wortchen der Barmer Krankenkasse zeigt nur, daß sie nicht von Utopisten des „Zukunftstaates“ geleitet werden, sondern von praktischen Männern, die den Verhältnissen des Gegenwartsstaates Rechnung tragen. — Je besser die Ärzte des gegreifen und je früher sie sozial leben lernen, je mehr sie sich daran gewöhnen, auch im armen Kreise nicht den „Holl“, sondern den gleichberechtigten, leidenden Menschen zu achten und zu behandeln, desto weniger werden sie sich über Vorstände von Kassen zu betragen haben.

Sind doch übrigens auch bereits Ärzte durch den Kapitalismus demoralisiert aufgestellt worden, um einem gewissen „schleichenden Herrn Minister“ mit dem Uebergange zur Sozialdemokratie zu drohen! Mögen die Herren zunächst sich über ein Beispiel nehmen an ihrem berühmten Schmeizer Kollegen und Hygieniker Dr. Sonderegger, der den Ärzten rät, Sozialisten im edelsten Sinne des Wortes zu sein!

Arbeits. Während die hiesige Arbeiterbewegung sich für die freie Innung entschieden hat, wollen die Schmiebe und Häcker ihre Innungen in Zwangsinnungen umwandeln.

Waisenhaus. Mehrere Waisenhausbesitzer feierte Montag abend der Buchhalter Hg auf dem Biedersteiner Hofen ab. Besten wurde nicht vernommen.

Waisenhaus. Vier Nachmittagskassen mit je 240 Mark Jahresbeitrag sind vom hiesigen Magistrat ausgeschrieben worden. Wohlhabend und Kleinhändler sollen sich nebst Stamm und Kasse um die Stellen bewerben haben. Am Sonntag fand hier die erste öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt.

Alles, was geschehen konnte, um den Beitritt zur Zurücknahme seines Wortes auf Gebote des Saales zu bewegen, war geschehen. Noch am Sonntag wollte der Beitritt selbst seine juristische, noch später das Beginnen an der Festigkeit des Gewerkschafts. Das Minister hat Gewerkschaften aus Halle übernommen. Die Veranlassung war aber Erwarten stark bedingt und verließ glänzend. Der Redner sprach über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung, über die schädlichen Einflüsse, die ihrer Entfaltung noch hindernd im Wege stehen und über die großen Erfolge, die für die hiesige Hauptindustrie, die Schuhwarenfabrikation, aus einer strammen Organisation erwachsen würden. Ein ungemein heiterer Zwischenfall trat sich zu, als Redner von den Schädlingen der Gewerkschaftsbewegung sprach und dabei auf die Kriegervereine zu sprechen kam, die nach der vom General Spitz in Wehrsenks ausgegebenen Parole direkte Feinde der Arbeiterbewegung sein müssen. Hierbei erwiderte sich der Oberstadtmagister und wollte den Redner unterbrechen, weil das nicht zum Vortrage gehöre. Gewerkschaften sagte jedoch dem Beamten so nachdrücklich die Wahrheit und brachte ihn dadurch so gründlich zur Ruhe, daß er unter dem toben der Befürwortung den Gedanken von der Schädlichkeit und Feindschaft der Kriegervereine gegenüber der modernen Arbeiterbewegung weiterführen und beenden konnte. Die Veranlassung hat einen außerordentlichen Eindruck bei allen Teilnehmern hinterlassen. Wären nur auch die hiesigen Gewerkschaften erst machen und zum Verbanne der Schuhmacher treten, sowie unser Arbeiterorgan, das Volksblatt, abzurufen. Wie traurig die Verhältnisse in der Schuhbranche liegen und wie viele kaum auf 15 Mark Wochenlohn kommen, das müssen alle wissen. Möge die Versammlung am Sonntag der Ausgangspunkt für ein kräftiges gewerkschaftliches und politisches Leben in unserem Landstädtchen werden. Nur seiner eigenen Kraft verantraut der Arbeiter, wie Gewerkschaften am Sonntag ausführen, die Beförderung seiner Klassenange.

Eilenburg. Gefaßt wurde hier der Stimmes Grimm, der aus dem Würzener Gefängnis durch den Spornstein entflohen war.

Sachsen. Der Straßenwärter Stegler wurde Mittwoch früh von einem Zuge, dem er noch ausweichen wollte, überfahren und getötet.

Kleinere Provinzialnachrichten.

In Eisleben wurde dem Anwaltschloß als er durch einen Schuß abgefallen wollte, die Hand vermerkt. — Beim Festhalten einer Seltenscheitlitt in Hinz die 11jährige Caroline Schmidt durch ein Auge bringende Gasblitz eine bedeutende Verletzung. — Bei Gressen wurde dem Handarbeiter Hiltgenban aus Westfalen durch einen Bahngang der Kopf vom Kumpfe getrennt. — Bei Fierstedt ließ man in 700 Meter Tiefe auf Hall. — In Fierstedt wurde ein Arbeiter verhaftet, der seine Hände mischaute. — Der Arbeiter Dietrich Anjosan wurde in Högriß verhaftet, weil er an einem Schulmädchen sich vergewaltigte. Die Mutter des Kindes verurteilte das Verbrechen. — Beim Witzing von der Kofstrappe auf unangehörigen Wege überfällig sich der Privatmann Max Wölter und zog sich einen schweren Schenkelbruch zu. — Beim Waden in der Höhe bei Gressen erkrankte die Arbeiterin Manufaktur, Sowa und Konrad. Legenher war zu Hilfe gerufen und wurde von Sowa, der ihn am Kopfe schielte, mit in die Tiefe gezogen. — Beim Radfahren durch Frauenlein Zimmermann aus Gressen durch den rechten Oberarm. — Ein Waidmann entlief von einem Amsel bei Gressen und vernichtete eine beträchtliche Grasfläche. Der Amselband war sehr gefährlich, doch hierdurch schnellere Eingreifen die weitere Ausbreitung des Brandes. — Eine neue Millionengewinnung in Höhe von 104 Millionen Mark soll den Hinterlassenen eines Philipp Reinhardt aus Marzinsleben die 40 Millionen Mark abgeben. — Der Arbeiter in Ohmben erkrankte haben. — In Fierstedt wurde Dienstag abend ein außerordentlich farbenprächtiges Meteor beobachtet, das im grünen Licht erglänzte.

Gewerkschaftskartell von Halle.

Sitzung vom 5. August.

Vor Eingang in die Tagesordnung gebend der Vorsitzende in folgenden Worten des verstorbenen Gewerkschafts Organen. Die Delegierten erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von dem Platz.

1. Gewerkschaften und Krankenträger. Vorliegender Thesie referiert über die Notwendigkeit einer starken Beteiligung der Gewerkschaften an den Krankenträger-Versammlungen. Es sei sehr wohl möglich, die Krankenträger zum Wohle der Mitglieder auszuheilen und zu unterstützen, wie die Krankenträger durch die Vorkehrer, würden durch fruchtvolle Thätigkeit in den Krankenträger unmöglich werden. Unbedingt müssen die Mitglieder alle Kräfte darauf bringen, daß die General-Versammlungen sowie alle anderen Versammlungen in vollem Maße infiziert werden. Damit die Versammlungen zu Kenntnis der Mitglieder gelangen. Nach jeder Debatte erklären die Delegierten, für starken Besuch der Krankenträger-Versammlungen und für den besseren Ausbau der Krankenträger wissen zu wollen.

2. Endgültige Beschlußfassung über die Art der Abhaltung des allgemeinen Gewerkschaftskartells. Es wird noch beschlossen, für die Frauen eine Blumenverlosung zu veranstalten. Desgleichen soll für die Kinder ein Kampagnen veranstaltet und die Patienten hierzu sollen zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Alle weiteren Arrangements werden durch die Innere u. i. w. bekannt gegeben. Das Fest findet am 23. August im Wellenau statt.

3. Wie sind die Versammlungen angehend zu gestalten. Hierzu betont der Vorsitzende, daß das öffentliche Beginnen der Versammlungen mit langer Tagesordnung guter Vorbereitung des Vorsitzenden weitlich nach betrag, das öffentliche Beginnen und Bestehen für die Beschlüsse in den Mitteilungen zu veranstalten. Ferner ist erforderlich und vorteilhaft, kurze ankündere Vorträge und Vorlesungen besonders über die Sozialgesetz, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeiterbewegung zu veranlassen. Ferner ist es zweckmäßig, die Verteilung des Volksblattes am Sonntag jeder Versammlung vorzunehmen und von besonderem Wert ist es, daß über jede Versammlung ein langer agitatorisch wirkender Bericht dem Volksblatt eingeleitet wird. Alle weiteren Arrangements werden durch die Innere u. i. w. bekannt gegeben. Das Fest findet am 23. August im Wellenau statt.

4. Einreichung der statistischen Fragebogen. Dieselben werden von 24 Beuten abgegeben. Die festgelegten Beute sollen das Verhältnis in der nächsten Zeit enthalten.

5. Richtspruchung der Halbjahtsrechnung. Dieselbe lautet:

Einahme.

Rassenbestand am 1. Januar 1898	261.01 RM.
Beiträge	161.
Ueberträge der Sammlungen für die englischen	105.90
Maschinenbauer	105.90
Summa	517.91 RM.

Gebührenausgabe.

Veranstaltungen	53.55
Das Vermögen beträgt demnach am 1. Juli 1898	464.36 RM.

Auflagehöhe sind noch 135.— RM. für die englischen Maschinenbauer haben die Sammlungen erbeben 1065.90 RM. abgezahlt sind 861.—

Die nach Beendigung des Streiks noch eingezahlten 106.90 RM. werden der Rasse des Kartells übergeben.

Es haben noch aus die Rassen Nr. 20, 21, 22 und 23. Es wurde sofort geteilt, daß trotz mangelhafter Aufführung dieselben nicht abgeteilt sind. Der Name des Hiltgenban wird bestimmt gegeben werden, wenn die Hiltgenban sich zu nächsten Sitzung abgeteilt sind. Dem Redner wird auf Antrag der Rednerentscheidung erwidert.

6. Die neuen Erhebungen der Generalkommission werden vom Vorsitzenden bekannt gegeben. Es wird empfohlen, daß die Gewerkschaften sich mit diesem Thema eingehend befassen sollen.

7. Ausstellung des Berichtes über das Nürnbergener Arbeiterfest. Jeder Gewerkschaft wird ein Exemplar gratis verabfolgt.

8. Revidierung der Wohnungskomitee der Delegierten. Hierzu wird beschlossen, daß die Anwesenheit der Delegierten, sowie deren Stellvertreter bis 30. August bei dem Schriftführer des Kartells, Gen. Högriß, mitbringen sind.

Es entspringt eine längere Debatte über die Zeit der Einreichung der Wahlen zum Kartell und die Wahlbestimmungen der Delegierten. Beschlüsse werden: „Die Wahlbestimmungen beginnt mit dem 1. Januar jedes Jahres und endet mit dem 31. Dezember. Die Wahlen für das Kartell sind daher bereits vor Jahresende vorzunehmen, und die Delegierten, welche in diesem Monat oder später gewählt werden, haben ihr Amt bis Schluss nächsten Jahres auszuüben.“

In 9. Anträge und Mittelungen, nimmt besonders eine Revision der Schloffer und Dreher längere Zeit in Anspruch. Diese Gewerkschaft hat gegen ihre Delegierten vorgeworfen, er habe die Interessen der Organisation im Kartell nicht genügend gewahrt gehabt. Das Kartell erklärt nach längerer Aussprache, daß der Delegierte der Schloffer und Dreher, Gewerkschaft überlegt seine Gewerkschaft voll und ganz vertreten habe.

Die Sammlungen für die Maurer werden eingeleitet und die Maurer auf weitere Unterstützung verzichtet, wie laut Regulator, das noch gelammte Geld der Rasse des Kartells überwiegen. Ein Antrag der Kommission, die Arbeitersecretariat wird zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Verfälschte Vornamekarten werden angefaßt und darauf die Sitzung 1/2 Uhr geschlossen.

Vornamekarte:

Bäder	—	Leberarbeiter	1
Wasser u. Erdarbeiter	2	Metallarbeiter	1
Buchbinder	1	Maschinen u. Feiler	1
Wahlbauern	3	Maurer	2
Böttcher	2	Müller	3
Brauer	1	Maler	2
Dachdecker	1	Schloffer u. Dreher	2
Formen	3	Steinarbeiter	1
Grubenbauern	2	Schuhmacher	2
Handarbeiter	2	Schneider	2
Gaswerkstätten	1	Schneiderei	2
Wasser u. Arbeiter	1	Schmiede	2
Grabenbauern	2	Steinleger	1
Grubenbauern	2	Zahnarbeiter	2
Handarbeiter	2	Zahnarbeiter	1
Handarbeiter	3	Zapfen	1
Handarbeiter	2	Zugarbeiter	1
Handarbeiter	2	Zimmerer	3
Handarbeiter	2		

Entschuldigt zeichnen: 1 Klempner. G. H.

Versammlungsberichte.

† **Wiesbaden.** Die am Dienstag, den 9. August, nach der Reibung einberufene außerordentliche Generalversammlung des Kartells war von den Gewerkschaften sehr besucht. Zur Erörterung kam zunächst die Frage: „Angehörigkeit zwischen der Firma Max Weyer, Halle, und dem Konsumverein zu Wiesbaden.“ Es wurde die Einberufung desselben vom Gewerkschaftsrat nochmals tagelange, die Entscheidung wurde das Verbot einseitig besetzt. Hinsichtlich der Berichte, welche im Umfange sind über den letzten Stand des Geschäftes, wurde von mehreren Rednern der Gegenstand erbracht und das Ganze als Verleumdung der Verwaltung angesehen. Die Anträge, welche eingegangen waren und zur Verhandlung gelangten, wurden sämtlich abgelehnt. R. K.

Kreisversammlung des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises.

Jum erstmal war es möglich, die Kreisversammlung in Bitterfeld abzuhalten, nachdem dieselbe fast immer nur in Eilenburg oder Delitzsch stattfinden konnte. Bezerrten waren 16 Orte durch 26 Delegierte. Kein Kreisstag war bisher so gut besucht als wie der diesjährige, ein Beweis dafür, daß das Interesse für unsere Sache immer größer wird.

Zum ersten Punkt: Rückblick auf die verstrichene Zeitungszeit, referierte Gen. Weigmann. Redner gieb einen kritischen Ueberblick über die Erfolge in unserer Kreise, dabei das Verbot der Freizügigkeit näher betrachtend.

Eine lebhafte Debatte entspringt sich über Punkt 2 der Tagesordnung: Agitation und Organisation, zu welchem Punkte gleichfalls Gen. Weigmann referierte, und Mittel und Wege gab, wie am praktischsten und erfolgreichsten die Organisation und Agitation betrieben werden kann. Nicht weniger als sechs Anträge gingen während der Debatte ein, welche fast ausschließlich die Organisationsform bezog. Die Agitation betrafen.

Die Eilenburger Gewerkschaft stellen den Antrag, daß die Wahlkreise prozentual nach Maßgabe der abgegebenen Stimmen von den auf dem Kreisstag vertretenen Ortsgruppen aufgetragen werden sollen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Ein gleiches Schicksal hatte der 2. Antrag Eilenburgs, welcher besagt, daß den Ortsgruppen, wiewohl während der Wahlperiode Verbindungen angefaßt worden sind, ein Exemplar des Volksblattes gratis geliefert werden soll.

Angenommen wurde der Antrag, die Verbreitung des „Zwanglosen Blattes“ für die Raubbaukreise betreffend.

Die Holzweiger Gewerkschaft stellen den Antrag, das selbst einen sozialdemokratischen Verein zu gründen. Dies wurde den Gewerkschaften am Ort selbst überlassen. Da ein die Verbreitung des Volksblattes betreffender Antrag eingegangen, wurde die Presse noch mit zur Diskussion gestellt; dabei wurde jedoch Weigmann hervorgerufen, daß die Verbreitung des Volksblattes energischer als bisher betrieben werden müsse. Der Antrag, eine Agitationsnummer spätestens am 15. September im ganzen Kreise zu verbreiten, wurde aus finanziellen Rücksichten abgelehnt.

Das gleiche Schicksal erlebte der zweite Antrag aus Ramin, welcher eine größere Zergliederung der Organisation in Bezirksmänner und Sektionen auf dem platten Lande ver-

